Von der Deputation sind auch die vielfach geäußerten Wünsche an die Staatsbahnverwaltung mit behandelt worden, die auch zum Teil durch Petitionen zum Ausdruck gelangt sind. In erster Linie waren es die Forderungen nach einem niedrigeren Vorortstarife, der Anlaß zu Besprechungen gab. Die Regierung wurde ersucht, Erörterungen darüber anzustellen, ob die infolge der Tarifreform eingetretene Verteuerung der kurzen Strecken nicht zu beseitigen sei. Die Deputation hat sich aber später selbst dafür entschieden, zurzeit die billigen Vorortstarife auf sich beruhen zu lassen. Gegen die weitere Einlegung zuschlagsfreier Eilzüge, die in Sachsen bisher so gut wie gar nicht vorhanden waren, hat sich die Regierung gewehrt, obwohl ihr entgegengehalten wurde, daß in Preußen 30 Prozent aller Schnellzüge als zuschlagsfreie Eilzüge verkehren. Mit den durch den Sommerfahrplan in sehr beschränkter Zahl neu eingeführten Eilzügen will es die Regierung bewenden lassen. Auch gegen weitere Verbesserungen des Personenverkehrs, insbesondere gegen Vermehrung der Züge hat sich das Finanzministerium erklärt, angeblich deshalb, weil jede Zugvermehrung neue Ausgaben mit sich bringe, der Personenverkehr aber schon jetzt kaum die Kosten decke. Auch die Einführung billiger Sonntagsfahrkarten nach preußischem Muster hat die Regierung abgelehnt, weil auch dadurch eine Verminderung der Einnahmen um eine Million Mark pro Jahr zu erwarten sei. Man glaubt auch, daß mit der Einführung der 4. Wagenklasse an Sonntagen auch ein Teil der Wünsche nach billigen Sonntagsfahrkarten erfüllt werde. Darauf ist zu erwidern, daß in Preußen die vierte Wagenklasse an Sonntagen von jeher verkehrt und doch das Verlangen nach billigen Sonntagsfahrkarten immer stärker geworden ist. Die Deputation hat auch in dieser Frage keinerlei Entschiedenheit gezeigt, es vielmehr dabei bewenden lassen, zu erklären, in der Angelegenheit der Sonntagsfahrkarten werde nicht eher Ruhe eintreten, bis eine befriedigende Lösung gefunden sei.

Von der so notwendigen Einführung der vierten Wagenklasse auf den Sekundärbahnen will man im Finanzministerium ebenfalls nichts wissen. Dadurch macht man ärmeren Leuten — und diese Nebenbahnen gehen ja vielfach durch sehr arme Distrikte — die Benutzung der Eisenbahn direkt unmöglich; man schafft so einen Ausnahmezustand für einen großen Teil der Bevölkerung. Die ablehnende Haltung begründet die Regierung damit, es wäre ein Ausfall von 100 000 M. dadurch zu erwarten, die Sekundärbahnen brächten aber jetzt nur erst eine Verzinsung von 1,66 Proz. des Anlagekapitals.

Man ersieht aus alledem, daß die Regierung in Verkehrsfragen auf dem verkehrten Standpunkte steht, Verkehrsverbilligungen und sonstige, mit Kosten verknüpfte Erleichterungen im Personenverkehr müßten auch die Einnahmen verkürzen. Hervorragende Verkehrstheoretiker und -praktiker haben das Irrige dieser Ansicht schon mehrfach dargetan, die Regierung hat auch bereits selbst an der Wirkung der Tarifreform und der Fahrkartensteuer gemerkt, daß solche Verkehrserschwernisse den Verkehr und die Einnahmen vermindern. Es läge doch nahe, daraus den richtigen Schluß zu ziehen, daß Verkehrserleichterungen Verkehrszunahmen zur Folge haben werden, wodurch Mehrausgaben reichlich aufgewogen werden. Aber von dieser Erkenntnis scheint man im sächsischen Verkehrsministerium weiter denn je entfernt zu sein. Und solange Dr. Rüger dort das Leitseil in den Händen hat, ist auch nichts zu erwarten.

Zu einigen Bemerkungen geben uns noch die Auslassungen über die Arbeitslöhne im Bericht Veranlassung. Es lag der Deputation eine Petition der Eisenbahnbetriebsarbeiter vor, die darum nachsuchen: 1. alle Arbeiter nach spätestens zwölfjähriger vorwurfsfreier Dienstzeit in das Beamtenverhältnis zu übernehmen; 2. eine besondere Alterslohnklasse zu bilden; 3. alle 14 Tage einen dienstfreien Tag von 36 Stunden zu gewähren; 4. die Akkordlohnsätze den Teuerungsverhältnissen entsprechend aufzubessern; 5. die Pensionsbezüge aufzubessern; 6. die Erreichung des Höchstbetrags der Pension nach 35 Dienstjahren zu ermöglichen. In der Petition wird auch konstatiert, daß sich die Lage der Eisenbahnarbeiter trotz der kleinen Lohnaufbesserungen infolge der ungeregelten Anstellungsverhältnisse und der anhaltenden Teuerung fortgesetzt verschlechtert habe. Das wird von der Regierung unter Hinweis auf die Lohnerhöhungen bestritten. Aus dem Nachweise darüber ergibt sich indes, daß 1904 der Durchschnittslohn eines Arbeiters im Staatseisenbahnbetriebe 992,13 M. betragen hat, 1905 1007,82 M., 1906 1052,17 M. Daraus ersieht man, daß der Jahresverdienst recht niedrig ist, er entspricht nur einem Wochenlohne von etwa 20 M. Damit kann ein Arbeiter eine Familie jetzt nicht ernähren. Die Zulagen berechnet die Regierung für 1905 auf 4,4 Proz., für 1906 gegen 1904 auf 6,05 Proz. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die Lebenshaltung in diesen zwei Jahren um einen weit höheren Prozentsatz gestiegen ist. Demnach sind die Feststellungen über die fortgesetzte Verschlechterung der Lage der Eisenbahnarbeiter auch durchaus zutreffend. Es ist allerdings bereits eine weitere allgemeine Lohnzulage in Aussicht genommen, teilweise auch schon gewährt worden. Es ist dafür eine Million Mark in den Nachtragsetat bei Kapitel 16 eingestellt worden. Es hat aber Genosse Goldstein in der Zweiten Kammer bereits nachgewiesen, daß auch dabei nur eine Lohnerhöhung um 3,1 Proz. herauskommt, während die Beamten, die vor wenigen Jahren doch auch erst den Wohnungsgeldzuschuß erhielten, 7—18 Proz. Zulagen erhalten haben. Die Eisenbahnarbeiter haben also allen Grund unzufrieden zu sein.

Dazu haben sie um so mehr Grund, weil die Regierung sich allen Forderungen ihrer Petition ablehnend verhalten hat. Zur Begründung der ablehnenden Haltung führt das Finanzministerium unter andern an: „daß eine unangebrachte Ueberbietung der Löhne namentlich in der Industrie und Landwirtschaft durch die staatlichen Verwaltungen vermieden werden müsse". Diese Rücksichtnahme auf die Ausbeutung der Arbeiter durch Privatunternehmer charakterisiert die Arbeiterfreundlichkeit der sächsischen Regierung allerliebst. Weit entfernt ist man von der Erkenntnis, daß die Löhne der Staatsarbeiter mustergültig sein müßten. Ueberdies ist man von der „Gefahr einer Ueberbietung" noch sehr weit entfernt. Das wird auch durch die Tatsache sehr drastisch veranschaulicht, daß bei 12 Bahnmeistereien keine Arbeiter zu bekommen waren, und man daher genötigt war, Bahnunterhaltungsarbeiten von Unternehmern ausführen zu lassen, denen man weit höhere Löhne zahlen mußte als den Bahnarbeitern. Diese Tatsachen veranschaulichen allein schon, wie sehr die Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter hinter dem allgemeinen Lohnstande zurückgeblieben sind.

Gegen die Forderung der Eisenbahnarbeiter, sie nach 12jähriger vorwurfsfreier Tätigkeit in Beamtenstellen einrücken zu lassen, macht die Regierung geltend, es würde dadurch eine außerordentlich starke Vermehrung der Beamtenstellen und eine unzulässige Belastung des Etats mit Gehalts- und Pensionsansprüchen herbeigeführt. Daß man ein Unrecht gegen alle bewährten Betriebsarbeiter begeht, wenn man sie von den Vorteilen absperrt, die der Beamte hat, kümmert die Staatsbahnverwaltung anscheinend wenig. Aber auch von der Schaffung einer besonderen Alterslohnklasse will man aus denselben Gründen nichts wissen. Der sehr langen Ausführung kurzer Sinn für die petitionierenden Arbeiter im Deputationsbericht ist: laßt alle Hoffnung fahren. Keine eurer Forderungen wird verwirklicht.

Die Nachweisungen über die Arbeitszeit ergeben, daß diese zum Teil noch ungebührlich ausgedehnt ist. Die längste Dienstzeit hat das Bahnbewachungspersonal; Streckenwärter usw. Bis zu 14 Stunden hatten 1738 Mann (91,38 Proz.) Dienst, von 14 bis 16 Stunden 164 Mann (8,62 Proz.). Aber auch bei den Weichenwärtern, dem Rangier- und Zugabfertigungspersonal kommen derartige Dienstzeiten vor. Bis zu 8 Stunden Dienst hatten 530 (6,05 Proz.), 8 bis 12 Stunden 7256 (82,80 Proz.) von 12—14 Stunden 922 (10,86 Proz.) und von 14—16 Stunden 25 Mann (0,29 Proz.). Seit 1905 ist eine nennenswerte Verbesserung dieses überlangen Dienstes nicht zu verzeichnen, teilweise ist es sogar noch ungünstiger geworden. Etwas kürzer, nämlich „nur" bis höchstens 13 Stunden, ist die Arbeitszeit bei dem Zugbegleitungspersonal und Zugförderungsdienst.

Es ergibt sich aus alledem, daß für die unteren Eisenbahnangestellten noch viel zu wünschen übrig bleibt, und ihre Dienst- und Lohnverhältnisse nichts weniger als günstig sind. Hier harren einer stärkeren Arbeitervertretung im Landtage wichtige Aufgaben.

Die österreichisch-ungarische Ministerkrise.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 21. Mai.

—th— Der gemeinsame Minister des Aeußern Baron v. Aehrenthal und der Kriegsminister Schönaich haben vorgestern dem Kaiser ihre Demission überreicht. Die Demission ist bloß ein parlamentarisch-politisches Manöver, die Herren werden, ausgerüstet mit Handschreiben und dem „allerhöchsten" Wohlgefallen des Kaisers, in ihren Aemtern verbleiben: aber charakteristisch ist die Geschichte dieser Demission für die Art des österreichisch-ungarischen Militarismus und den Militarismus überhaupt. Wie die Christlichsozialen nach den Wahlen als stärkste Partei in das Parlament einkehrten, war ihr erstes, ihren Patriotismus gegenüber den Ungarn leuchten zu lassen. Deshalb setzten sie in der österreichischen Delegation durch, daß die Erhöhung der Gagen der Offiziere des gemeinsamen Heeres beschlossen würde, obwohl der gemeinsame Kriegsminister die Forderung angesichts des Widerstandes der Ungarn hatte fallen lassen. Gerade deshalb aber, um die Ungarn zu demütigen, drängten die Christlichsozialen auf den Beschluß hin. Die Offiziersgagen selbst lagen ihnen nicht sehr am Herzen, und der Mannschaft hätten sie gänzlich vergessen, würden die Sozialdemokraten der Delegation die Erhöhung ihrer Bezüge nicht aufgezwungen haben. Aber bei der Mannschaft begann schon die Delegation zu kürzen. Die Sozialdemokraten hatten 12 Heller Erhöhung für den Mann, d. h. die Verdoppelung seiner Löhnung, gefordert und Verbesserung der Kost; die Delegation beschloß bloß 5 Heller Lohnerhöhung und 5 Heller Kostverbesserung. Die Ungarn nahmen die österreichischen Vorschläge überhaupt nicht in Beratung; dafür mußten der Kriegsminister und der Minister des Aeußern ein Jurament ablegen, sie würden die Erhöhung in Ungarn durchsetzen, ebenso eine Delegationssession im Mai oder Juni und die Rückwirkung des Gesetzes vom 1. Januar.

Die Minister schworen; jedem Urteilsfähigen war es klar, daß der Eid nichts bedeuten konnte. Denn man kann nicht mehr erfüllen, als man in der Gewalt hat, und nicht von den Ministern, sondern von den Ungarn hing die Gesetzwerdung der Anträge ab. Aber da die gemeinsamen Minister sich durch ihr Wort verpflichtet hatten, waren nun sie die Schwächeren, denn ihr Portefeuille schwebte in Gefahr, und die Ungarn versäumten nicht, die von dem kurzsichtigen österreichischen Patriotismus geschaffene Gelegenheit auszunutzen. Sie machten beständig Schwierigkeiten und ließen den Kaiser merken, was für Opfer es kosten würde, die Unabhängigkeitspartei umzustimmen: also daß sich das Verhältnis jetzt umkehrte. Sie waren die Gewährenden und hatten das Verdienst. Am letzten Donnerstag kam endlich das Kompromiß zustande. Im Juni keine Session, die Gagenerhöhung erst vom Oktober, dann jedoch mit dem vollen Betrag, dafür die Aufbesserungen für die Mannschaft von 10 auf 7 Millionen Kronen herabgedrückt, überdies erst von 1910 an in Kraft tretend; heuer werden bloß 500 000 Kronen, 1909 bloß 3½ Million gewährt. Mit anderen Worten, der Offizier bekommt alles, der Mann heuer bloß eine Scheinverbesserung des Nachtessens, nächstes Jahr etwa 2 Heller Löhnung täglich mehr. Nicht Lohn, sondern Hohn! Aber selbstverständlich ist der Hof entzückt; er hoffte gar nicht, die Gagenerhöhung ohne staatsrechtliche Konzessionen an die Ungarn durchzudrücken. Er ist den Ungarn dankbar und nicht minder den Herren Schönaich und v. Aehrenthal, die das Kompromiß zustande brachten, weil sie's mit ihrem Wort nicht so genau nahmen. Im Einverständnis mit Koffuth und mit dem Hofe bringen die gemeinsamen Minister eine Demission ein, die niemand ernst nimmt, die sie trotzdem von der übernommenen Verpflichtung löst. Und die Christlichsozialen haben ihre „Genugtuung".

Nun ist ihre Blamage doch zu offenbar, als daß sie nicht wüten und toben sollten. Was haben ihre Manöver bewirkt? Daß die Mannschaft verkürzt wird, die zweijährige Dienstzeit in Vergessenheit gerät und alles beglückt ist, weil die Ungarn den Offizieren höhere Gagen gönnen. Die Ungarn sind die Geber. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß die Unabhängigkeitspartei am Freitag eine Entrüstungskomödie aufführte und am Sonnabend in einer Parteiberatung nach langer Debatte gnädig „ja" sagte. Dieser Kundgebung wandte sich aller Aufmerksamkeit zu. Sie brachte die Entscheidung, und die Demission, scheinbar zu dem Zweck gegeben, um den Christlichsozialen eine Satisfaktion zu gewähren, wird tatsächlich beendet durch den Beschluß der Kossuthianer, der die Zustimmung des ungarischen Reichstags sichert. Das Nachspiel macht die Sache noch lustiger. Die Gagen in Heer und Landwehr müssen stets gleich hoch sein. Deshalb wird man in Wien und Pest in den Parlamenten die Gagenerhöhung für die Landwehroffiziere fordern und zwar schon jetzt, im Herbst werden erst die Delegationen beraten; wie man sieht, bloß noch formell, da in der Sache die Parlamente entschieden haben, und die Erhöhung der Heeresgagen notwendig mit der Erhöhung der Landwehrgagen erfolgt. Die Christlichsozialen müssen jetzt im Abgeordnetenhause entweder das Kompromiß bewilligen, und sich dadurch lächerlich machen, oder es ablehnen, und die Offiziere gegen sich aufbringen. Sie sind in der Grube, die sie den Ungarn gegraben haben. Die Mannschaft aber zahlt die Kosten ihrer unredlichen Manöver.

Deutsches Reich.

Erbschaftssteuer und Reichsfinanzreform.

Ein süddeutscher Staatsmann hat sich — Mitteilungen an die Mil.-Pol. Korrespondenz zufolge — in diesen Tagen dahin ausgesprochen, daß die Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten nicht zu den Sydowschen Steuerplänen gehören wird. Bayern und andere Regierungen, südlich der Mainlinie, seien zwar für den Ausbau dieser Abgabe, würden sich aber im Bundesrat den Forderungen Preußens, Sachsens und der norddeutschen Staaten fügen, die von einer noch höheren oder mehr ausgedehnten Reichserbschaftssteuer ebensowenig wissen wollten wie von einer Reichsvermögen- und Reichseinkommenbesteuerung. Eine Besprechung, die kurz nach Pfingsten in Berlin zwischen einzelnen Parlamentariern und den Vertrauensleuten der Regierung stattfinden soll, dürfte nach derselben Quelle mit der unverbindlichen, aber allgemein grundlegenden Entscheidung über die herbstlichen Steuerreformvorschläge Sydows die dringend gewünschte Klarheit schaffen. Noch ehe die politische Sommerruhe einsetzt, soll Fürst Bülow beabsichtigen, das neue Steuerbukett der öffentlichen Diskussion zu unterbreiten.

Diese Meldungen über die Sydowschen Finanzprojekte übertreffen die schlimmsten Befürchtungen. Es ist daher dringend notwendig, daß sich der Schatzsekretär selbst über die Grundzüge seiner Projekte äußert. Falls die Angabe zutrifft, daß das neue Steuerbukett in Kürze der öffentlichen Diskussion unterbreitet werden soll, wird alle Kraft zur Gegenwehr gegen den neuen Millionensteuerbeutezug aufgeboten werden müssen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Ausbeutung der Massen durch ungerechte Steuern schlimmste Formen annimmt. Entschiedene Gegenwehr ist im Zeichen der Verblocktheit ein Gebot der Selbsterhaltung.

Die Bedingungen des Herrn Landrats.

Der Landrat des Landkreises Hannover veröffentlicht in der Nummer seines Amtsblattes, des Hannoverschen Tageblattes vom 21. Mai (am 15. Mai trat das Vereinsgesetz bekanntlich schon in Kraft) die Erfordernisse für die Erstattung der vorgeschriebenen Anzeige von Versammlungen durch Bekanntgabe in den Zeitungen. Nachdem die ministeriellen Anweisungen abgedruckt sind, heißt es am Schlusse der Bekanntmachung:

„Ich beabsichtige für den Landkreis Hannover als Publikationsorgan in obigem Sinne das Hannoversche Tageblatt unter der Bedingung zu bestimmen, daß mir von jeder Bekanntmachung einer öffentlichen politischen Versammlung sofort entweder das betreffende Blatt oder noch besser ein kurzer Hinweis auf die Bekanntmachung durch Postkarte übersandt wird.

Ich bitte um gefl. Erklärung des Einverständnisses bis zum 25. d. M."

Diese Bekanntmachung scheint nur irrtümlich in die amtlichen Veröffentlichungen des Blattes gekommen zu sein, denn augenscheinlich handelt es sich um eine Offerte des Landrats an sein Kreisblatt. Es ist aber für die Oeffentlichkeit von großem Interesse zu erfahren, wie schnell sich die preußische Bureaukratie von den ihr gebrachten Bevormundungen befreien kann. Man wird abwarten müssen, ob die Zeitungen, die der Landrat bestimmen wird, wirklich auf solche ungeheuerliche Zumutung eingegangen sind.

Zur Frage der Feuerbestattung.

Das Hanseatische Oberlandesgericht hat in kurzem ein Urteil gefällt, das sich in der Beurteilung der religiösen Anschauung über diese Form der Beisetzung auf den entgegengesetzten Standpunkt stellt wie die bekannte Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts. Das Hamburger Landgericht hat im Dezember vorigen Jahres entschieden, daß die Beisetzung einer Aschenurne in einem Erbbegräbnis des jüdischen Friedhofs von der Gemeinde geduldet werden müsse, trotz des Widerspruchs des Rabbinats. Das Oberlandesgericht hat sich diesem Urteil angeschlossen. In der Begründung heißt es nach der Frankf. Ztg., daß es festgestellt sei, daß sich die Volkssitte in der Anschauung über die Zweckbestimmung der Friedhöfe dahin erweitert habe, daß die Beisetzung von Aschenresten dort im Sinne völliger Gleichberechtigung mit der Leichenbestattung auch wegen der Lage der Grabstätte vorgenommen werden könne.

•

Die Betriebsergebnisse deutscher Krematorien zeigen eine andauernd steigende Tendenz. Wie die „Flamme" mitteilt, wurden im Monat April d. J. in den damals bestehenden 15 deutschen Krematorien im ganzen 343 Feuerbestattungen vorgenommen gegen 275 im April 1907. Von den Eingeäscherten gehörten 210 dem männlichen, 133 dem weiblichen Geschlecht an. Dem Bekenntnisse nach waren 266 evangelisch, 33 katholisch, 4 altkatholisch, 16 mosaisch, 6 Freireligiöse, 5 Dissidenten, von 13 war das Bekenntnis nicht angegeben. In den ersten vier Monaten 1908 zusammen hatten die deutschen Krematorien 1441 Einäscherungen zu bewirken gegen 1028 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zunahme beträgt 413 = 40 Prozent.

Kulturschädlinge.

Die Preußische Lehrerzeitung berichtet in ihrer Nummer 119 vom 20. Mai aus dem Landtagswahlkreis Stralsund-Rügen-Franzburg:

In einer in Bergen abgehaltenen konservativen Wählerversammlung sprachen die beiden Kandidaten Graf v. d. Groeben-Dievitz und Frhr. v. Maltzahn-Bergen u. a. auch über Schule und Lehrerfragen. Beide erklärten sich für gehaltliche Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land. Aber die Gleichstellung, wie Graf v. d. Groeben sie zu wünschen schien, dürfte doch nicht unseren Wünschen entsprechen; denn er meinte, die Gehälter in den Großstädten seien ja ins Unendliche gestiegen; dem müsse entgegengetreten werden. Er scheint also eine Gleichstellung mehr nach unten bestimmen zu wollen. Während die Lehrerschaft die Gehälter in den Großstädten als das Mindestmaß ihrer Forderungen ansieht, ist es dem konservativen Grafen viel zu viel. Die Lehrerschaft sieht also, was sie von solchen Herren zu erwarten hat. Ein noch stärkeres Stück leistete sich in der Debatte der Rittergutsbesitzer Major v. Usedom-Zirmoisel. Er erklärte sich als Gegner der Gleichstellung, aber aus sehr merkwürdigen Gründen. Bei den Schulprüfungen, so sagte er, habe er in den Landschulen allerlei von Physik und Mineralogie gehört, so daß ihm ganz schwindlig geworden sei. **So etwas gebrauchten die Kinder besonders in den Gutsschulen nicht.** Die Lehrer hätten also leichtere Arbeit, gebrauchten also auch nicht soviel Gehalt als ihre Kollegen in der Stadt. Demgegenüber betonten die beiden Kandidaten noch einmal, daß sie für die Gleichstellung eintreten würden; was bezug auf Physik, Mineralogie usw. gab Graf v. d. Groeben dem Major v. Usedom jedoch recht. Er meinte auch, die Fächer hätten vollständig fehlen. **Der Unterricht in den Elementarfächern, besonders in der Religion, genüge vollständig.** Wenn unseres Erachtens nun noch der Unterricht im Rechnen und Deutschen etwas eingeschränkt und besondere „Lehrerbildungsanstalten für Lehrer an Landschulen" gegründet würden, dann wäre das Ideal dieser Herren erreicht und die Landarbeiterfrage mit einem Schlage gelöst.

Wahlen in Koburg-Gotha.

In Koburg-Gotha haben die Wahlmännerwahlen für den Landtag stattgefunden. Im Herzogtum Koburg soll die Wahl der bürgerlichen Kandidaten sicher sein; in der Stadt Koburg freilich muß in allen Bezirken noch eine zweite Wahl stattfinden. Für den gothaischen Landtag sind als gewählt anzusehen: 5 Sozialdemokraten, 2 Nationalliberale, 5 Freisinnige und 5 Agrarier. 2 Wahlen sind noch unentschieden.

Wahlrechts-Straßendemonstranten und Reichsvereinsgesetz. In Breslau war ein Genosse wegen Teilnahme an der Straßendemonstration vom 12. Januar vom Schöffengericht verurteilt worden, hatte aber Berufung eingelegt. Diese kam vor der Strafkammer jetzt erst, nach Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes, zur Verhandlung und so mußte der Angeklagte freigesprochen werden, weil das neue Gesetz nur den Leiter oder Veranstalter eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges, nicht auch den Teilnehmer mit Strafe bedroht.

Frieden in Schlitz. Die Fehde zwischen dem Graf v. Görtz und der Stadt Schlitz ist durch Vermittlung der hessischen Regierung beigelegt worden. Der frühere Zustand zwischen dem Grafen und der Stadtgemeinde wird wieder hergestellt.

Auch der Unfug mit dem „Schlitzer Gelde"?

Der liebevolle Vizefeldwebel. „Kiek e mal, wie de Feldwebel pulsiert!" Durch diesen drastischen Ausruf einer Reihe Musketiere wurde eines schönen Abends der Vizefeldwebel D. vom Regiment Nr. 145 in Metz gestört, als er den Musketier Sch. auf seiner Stube recht liebevoll behandelte. Er hatte den Musketier wirklich lieb, streichelte ihm die Backen, legte seinen Arm um dessen Hüfte, zog ihn auf seinen Schoß und kam dem Munde des Soldaten so nahe, daß dieser fürchtete, einen Kuß zu erhalten. Die Musketiere hatten, als das durch das Fenster beobachtet. Als der Musketier wegen dieser Liebeln